
Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen auf die österreichische Zahlungsbilanz

Josef Peischer

1. Zur Zahlungsbilanzdiskussion¹

Anfang der sechziger Jahre gerieten die USA unter steigenden Druck auf Grund ihrer Zahlungsbilanzsituation. Die Funktion des Dollars als Leit-, Interventions- und Reservewährung im Weltwährungssystem, das 1944 in Bretton Woods aus der Taufe gehoben worden war, verschafften den USA das einzigartige Privileg, ihr seit 1950 nahezu ununterbrochen bestehendes Zahlungsbilanzdefizit ganz oder teilweise durch die Hingabe eigener Währung finanzieren zu können. In den fünfziger Jahren war der Dollarstrom auch aus der Sicht der westeuropäischen Länder erwünscht, da sie dadurch ihre infolge des Krieges stark zusammengeschmolzenen Währungsreserven allmählich wieder auffüllen konnten. Mit steigendem Reservebestand tauschten diese Länder jedoch vor allem seit 1958 in wachsendem Maße Dollardevisen beim amerikanischen Schatzamt in Gold ein. Seitdem sahen sich auch die USA — teils wegen der Knappheit internationaler Zahlungsmittel, teils wegen der abnehmenden Bereitschaft der meisten Überschußländer, weiterhin die zufließenden Dollarbeträge uneingeschränkt aufzunehmen — einem gewissen Zwang zur Zahlungsbilanzdisziplin ausgesetzt. Beginnend mit Präsident Eisenhower hat die amerikanische Regierung seit 1960 wiederholt versucht, die Zahlungsbilanz zum Ausgleich zu bringen; doch waren diese Versuche erfolglos, weil sie entweder nur punktuell bei einzelnen Transaktionstypen ansetzten oder aus binnenwirtschaftlichen Gründen aufgegeben wurden.

Eine dieser Transaktionstypen waren die Auslandsinvestitionen der US-Unternehmen. Der massierte Kapitalabfluß aus den USA nach der Gründung der EWG führte zu einer lang andauernden Diskussion zwischen dem US-Schatzamt auf der einen Seite und Vertretern des National Industrial Board auf der anderen Seite darüber, ob Restriktionen gegen Investi-

tionen im Ausland geeignet sind, einen Beitrag zur Stabilität der amerikanischen Zahlungsbilanz zu leisten. Die Positionen waren anfangs relativ klar: Das Schatzamt tendierte dahin, diese Frage positiv zu beantworten, die Unternehmervertreter verneinten sie. Auf politischer Ebene setzte sich die Ansicht des Schatzamtes im folgenden durch, da in kurzfristiger Sicht eine Entlastung der Zahlungsbilanz durch eine Verminderung der Kapitalexporte offensichtlich war. Im Februar 1965 verkündeten die USA ein freiwilliges Programm für Unternehmen mit bedeutenden Auslandsinvestitionen. Diesen Firmen ging eine Liste mit neun spezifischen Vorschlägen zu, von denen die wichtigsten darauf hinausliefen, daß sie stärker ihre Exporte steigern und neue Exportmärkte erschließen, die Repatriierung von Gewinnen beschleunigen, den Kapitalabfluß aus den USA verringern und die Kapitalaufnahme im Ausland steigern sollten. 1968 wurde diesen Maßnahmen, soweit sie die Kapitalströme betrafen, der freiwillige Charakter genommen, und sie wurden sogar noch verschärft. In den folgenden beiden Jahren wurde dieses Programm mit geringen Modifikationen wiederholt.

In ähnlichen Bahnen wie in den USA verlief die Diskussion in Großbritannien — dem zweiten bedeutenden Land mit einer defizitären Zahlungsbilanz. Während die Industrie vornehmlich auf die langfristigen zahlungsbilanzmäßigen Vorteile verwies, rechtfertigte die Regierung die Einschränkung der Direktinvestitionen mit der Begründung, daß in kurzfristiger Sicht die passivierenden Effekte von Direktinvestitionen im Ausland überwiegen und in Perioden akuter Zahlungsbilanzkrisen der Vermeidung dieser Effekte Priorität einzuräumen sei.

Auch in der Bundesrepublik setzte Ende der sechziger Jahre eine Zahlungsbilanzdiskussion ein — nur unter umgekehrten Vorzeichen. Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien wies die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik mit wenigen Ausnahmen seit 1950 zum Teil recht erhebliche Aktivsalden auf, die vor allem auf großen Handelsbilanzüberschüssen basierten. Die Frage einer Neutralisierung dieser Überschüsse durch langfristige Kapitalexporte rückte deshalb — zumindest vorübergehend — stärker in den Vordergrund. Wie in den USA und in Großbritannien waren aber auch in der Bundesrepublik die Meinungen geteilt, ob ein Zahlungsbilanzgleichgewicht durch Direktinvestitionen erreicht werden konnte. Interessanterweise bejahten die Vertreter der Industrie diese Möglichkeit, was eine langfristige Passivierung der Zahlungsbilanz durch Direktinvestitionen impliziert; mit anderen Worten: sie zogen genau die umgekehrten Schlußfolgerungen wie die Vertreter der amerikanischen und britischen Industrie.

Diese unterschiedliche Argumentation ist neben unterschiedlichen Interessenlagen — die einen wollten keine Beschränkung ihrer Aktivitäten, die anderen wollten sie gefördert wissen — darauf zurückzuführen, daß die Auswirkungen von Direktinvestitionen auf die Zahlungsbilanz nicht allein von den finanziellen Strömen abhängen, sondern von einer Reihe weiterer Faktoren. Um die Dimension dieses Problems aufzuzeigen, sollen die potentiellen Zahlungsbilanzwirkungen nur kurz aufgezählt werden.

Der ursprüngliche Kapitaltransfer löst einzelwirtschaftliche und gesamt-

wirtschaftliche Transaktionen und Rückwirkungen aus. Dient er dazu, ein neues Unternehmen zu errichten oder ein bestehendes zu erweitern, wird er in der Regel zu Kapitalgüterimporten führen. Mit der Aufnahme der Produktion im Inland können Devisenzuflüsse und -abflüsse durch finanzielle Transaktionen (Retransfer von Gewinnen, Zinsen, Dividenden sowie weitere Kapitalimporte) und reale Transaktionen ausgelöst werden (weitere Kapitalgüterimporte, Importe von Vorprodukten, Halb- und Fertigfabrikaten, Dienstleistungsimporte, neue Exporte und/oder Exporterweiterungen sowie Importsubstitutionen durch Produktion im Inland). Während die Wirkungsrichtung dieser einzelnen Transaktionen auf die Zahlungsbilanz bestimmt werden kann, ist die Zahlungsbilanzwirkung der gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen nicht von vornherein festlegbar. So sind zum Beispiel die Leistungsbilanzeffekte des Kapitaltransfers unter anderem von der Art seiner Aufbringung im Geberland und seiner Verwendung im Gastland sowie von bestimmten Parameterwerten, wie Import- und Sparneigung der beteiligten Volkswirtschaften, abhängig.

Wenn auch als Ergebnis dieser Zahlungsbilanzdiskussion keine endgültigen allgemeinen Schlußfolgerungen zu verzeichnen sind — aber wann ist ein derartiges Resultat in den Sozialwissenschaften jemals erreichbar? —, so hat sie doch wichtige Auswirkungen gehabt: Sie führte einerseits in Europa zu einer intensiven Diskussion über die Dominanz von US-Firmen in sogenannten Schlüsselindustrien und andererseits zu einer Kontroverse zwischen Befürwortern und Kritikern ausländischer Unternehmensaktivitäten über ihre Vor- und Nachteile — zur sogenannten »cost-benefit«-Diskussion —, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungsländer.

Die österreichische Situation

Eine Untersuchung der Österreichischen Nationalbank² über ausländische Direktinvestitionen zeigt, daß die Gesamtverpflichtungen Österreichs gegenüber dem Ausland von 17,5 Milliarden Schilling (1968) auf 29,3 Milliarden Schilling (1974) angewachsen sind. Die Überweisungen unter dem Titel »Lizenzen, Patente, Managementgebühren usw.« sind von 350 Millionen Schilling (1969)³ auf 774 Millionen Schilling (1974)⁴ gestiegen, die Gewinnausschüttungen⁵ von 540 Millionen Schilling (1967) auf 2400 Millionen Schilling (1973).

Die österreichische Zahlungsbilanz wird einerseits in zunehmendem Ausmaß durch den Kapitalexport von ausländischen Unternehmen in Österreich belastet, andererseits aber auch durch die ständig zunehmenden Auslandsinvestitionen österreichischer Unternehmer. Betrug die Investitionen österreichischer Unternehmen im Ausland etwa im Jahr 1968 408 Millionen Schilling, so erreichten sie 1976 bereits eine Höhe von 1043 Millionen Schilling⁶.

Wie diese Zahlen zeigen, öffnet sich die Schere der Belastung für die Zahlungsbilanz. In der bisher geführten Diskussion über ausländische Direktinvestitionen in Österreich sind die Zahlungsbilanzaspekte kaum behandelt worden. Dieser Beitrag stellt nun einen ersten Versuch dar, diesen Problemkreis näher zu beleuchten und die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz zu quantifizieren.

2. Mögliche Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz des kapitalempfangenden Landes

In den folgenden Ausführungen wird unterschieden zwischen Auswirkungen von Direktinvestitionen auf die Zahlungsbilanz des Empfängerlandes in der Transfer- und in der Produktionsphase⁷.

2.1. Transferphase

2.1.1. Monetärer oder nomineller Transfer

Dieser Transfer beinhaltet die Frage der Kaufkraftübertragung durch Kapitalexport vom Kapitalausfuhrland auf das Kapitaleinfuhrland⁸. Diese Art von Transfer bewirkt eine Erhöhung der Währungsreserven und somit eine Erhöhung der Liquidität im kapitalimportierenden Land (Umtausch der einströmenden Fremdwährung in Landeswährung). Die Erhöhung der Währungsreserven stellt einen aktivierenden Effekt auf die Zahlungsbilanz dar⁹.

2.1.2. Transfer von realen und immateriellen Gütern

Direktinvestitionen in Form von realen oder immateriellen Gütern bewirken im Empfängerland keine Veränderung der Währungsreserven. Sie sind in bezug auf die Veränderung der Währungsreserven in der Zahlungsbilanz nur eine Durchlaufpost¹⁰.

Tabelle 1

Verbuchungsform von Transaktionen auf Grund von Direktinvestitionen gemäß vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgestellten Regeln

Arten der Transaktion	Handels- bilanz	Dienst- leistungs- bilanz	Auswirkungen auf die	
			Bilanz des langfristigen Kapital- verkehrs	Veränderung der Währungs- reserven
Transfer von realen Gütern ¹	Debit (—)	—	Credit (+)	—
Transfer von immateriellen Gütern ¹	—	Debit (—)	Credit (+)	—
Transfer in monetärer Form ¹	—	—	Credit (+)	Debit (—) ²

Kapitalaufnahme
im Empfängerland Zahlungsbilanz wird nicht berührt

1 Die drei angeführten Transferformen subsumieren sowohl den Transfer von Beteiligungs- als auch von Kreditkapital.

2 Eine Zunahme der Währungsreserven wird in der Globalbilanz negativ verbucht.

Quelle: Franz Jurkowitsch, a. a. O. S. 25, Tabelle 1.

2.1.3. Kredite zur Finanzierung von Direktinvestitionen

Im Gastland aufgenommene Kredite zur Finanzierung von Direktinvestitionen sind Transaktionen zwischen Inländern und werden daher in der Zahlungsbilanz nicht erfaßt¹¹.

Für im Ausland aufgenommene Kredite zur Finanzierung von Direktinvestitionen ist die unter Punkt 2.1.1. dargestellte Wirkung auf die Zahlungsbilanz zu verzeichnen.

2.2. Produktionsphase

2.2.1. Auswirkungen von Direktinvestitionen auf die internationalen Warenströme (Sekundäreffekte)

a) Importsubstitution / Exportsteigerung

Ausländische Direktinvestitionen können eine importverringende und eine exportsteigernde Wirkung zur Folge haben. Von einer Importsubstitution spricht man, wenn Importe durch heimische Produktion auf Grund einer Direktinvestition ersetzt werden. Direktinvestitionen können auch zur Erhöhung von Exporten oder zu neuen Exporten führen. Importsubstitution und Exportsteigerung führen klarerweise zur Aktivierung der Zahlungsbilanz. Das Thema wurde von A. E. Safarian erschöpfend behandelt¹².

b) Importsteigerungen / Exportbeschränkungen

Ausländische Direktinvestitionen führen nicht selten zu Importsteigerungen. In einer Untersuchung stellen Müller und Morgenstern¹³ fest, daß ein wesentlicher Teil der von multinationalen Niederlassungen benötigten Vor- und Zwischenprodukte aus dem Ausland eingeführt wird. Die Lieferanten dieser Produkte gehören zum großen Teil dem gleichen multinationalen Unternehmen an wie das belieferte Unternehmen. Das heißt, daß die Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne meist von Konzernunternehmen beliefert werden oder daß zumindest bei Lieferanten der Muttergesellschaft gekauft werden muß.

Zu ungünstigen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz kommt es auch dann, wenn die (ausländischen) Muttergesellschaften für ihre Tochtergesellschaften (im Inland) eine Aufteilung der Märkte (Festlegung von Exportquoten) vornehmen. Eine solcherart vorgenommene Aufteilung des (Welt-)Marktes erfolgt in der Absicht, unternehmensinterne Konkurrenz zwischen den verschiedenen (nationalen) Niederlassungen zu unterbinden¹⁴.

2.2.2. Verwendung der Gewinne aus ausländischen Direktinvestitionen

Gewinne, die ins Ausland transferiert werden, wirken sich negativ auf die heimische Zahlungsbilanz aus, weil durch den Transfer die Währungsreserven verringert werden. Werden die Gewinne reinvestiert, nimmt zum

einen die Verschuldung der Volkswirtschaft zu, zum anderen »... hat dies zur Folge, daß zunehmend höhere Beträge an die Muttergesellschaften überwiesen werden, oft in der Form, daß die unter ausländischer Kontrolle stehenden Firmen ihr Nominalkapital aus Gesellschaftsmitteln erhöhen und auf das erhöhte Kapital denselben Dividendensatz bezahlen¹⁵.« Dies bedeutet, daß kurzfristig die negative Zahlungsbilanzwirkung vermieden wird, aber dafür langfristig absolut höhere Beträge an Dividenden ins Ausland transferiert werden.

2.2.3. Kapitaltransfer aus Titeln wie zum Beispiel Lizenz- und Managementgebühren

Die üblichsten Formen sind die Überweisung von Lizenz- und Managementgebühren. Auf diese Weise ist es möglich, Gewinne verschleiert ins Ausland zu transferieren.

Tabelle 2

Foreign Direct Investment-Related Transactions in Royalties and Fees (Millions of Dollars)

Year	Total	Year	Total	Year	Total	Year	Total
Receipts:							
1946	64	1953	128	1960	403	1967	1136
1947	77	1954	136	1961	463	1968	1246
1948	83	1955	158	1962	580	1969	1393
1949	100	1956	229	1963	660	1970	1620
1950	126	1957	238	1964	756	1971	1865
1951	130	1958	245	1965	924	1972	2090
1952	130	1959	349	1966	1030		

Quelle: Mary Frances Teplin, *U.S. International Transactions in Royalties and Fees: Their Relationship to the Transfer of Technology. Survey of Current Business.*

Wie Tabelle 2 zeigt, gewinnen Transfers für Lizenz- und Managementgebühren usw. zunehmend an Bedeutung. So haben sich die jährlichen Einkünfte von US-Unternehmen aus diesen Titeln von 64 Millionen Dollar (1946) auf 2090 Millionen Dollar (1972) erhöht; dies kommt einer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 14,3 Prozent gleich¹⁶.

2.2.4. Gewinnverschiebung durch Verrechnungspreise

Zwischen den einzelnen Betrieben multinationaler Unternehmen herrscht ein Gütertausch in sehr großem Umfang (vergleichsweise machen die internen Gütertransaktionen der »Multis« rund ein Viertel der US-Exporte aus). Die Verrechnung erfolgt durch Transferpreise (Verrechnungspreise), die ein brauchbares Mittel zur Ausnützung von Steuer-

vorteilen darstellen. Preise für Lieferungen aus Ländern mit niedrigen Steuern werden relativ hoch und für Transaktionen in die umgekehrte Richtung möglichst niedrig festgesetzt. Die Gewinne werden auf diese Weise in Länder mit niedrigem Steuerniveau geleitet, oder es werden Transferbeschränkungen für Kapital oder Kapitalerträge umgangen¹⁷.

Ein derartiger Gewinntransfer ist aus der Zahlungsbilanz nicht ersichtlich. In der Handelsbilanz sind zwar die Exporte und Importe wertmäßig erfaßt, aber es ist sehr schwierig, festzustellen, ob die verbuchten Exportbeziehungsweise Importpreise manipuliert sind oder nicht.

So etwa schreibt Jürgen Räuschel¹⁸ zum Problem der Verrechnungspreise bei BASF: »Zwischen Muttergesellschaft und dem Rest des Konzerns geschehen offenbar seltsame Dinge. Innerhalb von nur zwei Jahren, von 1971 bis 1973, verändert sich die Differenz zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten um fast eine halbe Milliarde D-Mark. Dabei steigen die Verbindlichkeiten gegenüber den ›verbundenen Unternehmen‹ 1973 von 193 auf 736 Millionen D-Mark ... Hier darf man wohl gewaltige Gewinnverschiebungen vermuten?«

Einen weiteren Beleg in dieser Richtung hat der Texaco-Konzern in der Bundesrepublik Deutschland geliefert. Der Texaco-Konzern mußte in einem Arbeitskampf im Jahre 1971 auf Grund eines Gerichtsbeschlusses mitteilen, daß seine Verrechnungspreise über denen des freien Marktes liegen¹⁹. Ein weiteres Beispiel lieferte Exxon-Schweden. Die schwedische Exxon-Niederlassung hat durch »overpricing« sechs Jahre lang keinen Gewinn erwirtschaftet²⁰.

Barnet/Müller zum Verrechnungspreisproblem²¹: »Constantin Vaitos hat die überhöhte Angabe von Importpreisen für Kolumbien ausführlich untersucht. Er verglich die Preise zahlreicher Multi-Töchter in der Pharmazie-, Kautschuk-, Chemie- und Elektrobranche mit den entsprechenden Weltmarktpreisen und stellte folgende durchschnittliche Differenzen nach oben fest:

- bei Pharmazieunternehmen 155 Prozent,
- in der Gummibranche 40 Prozent und
- in der Elektroindustrie 16 bis 60 Prozent.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Müller und Morgenstern für Südamerika²².

2.3. Ausländische Direktinvestitionen bei politischen Veränderungen und bei Wirtschaftskrisen

a) Politische Veränderungen: Investitionsbeschränkungen und Kapitalflucht

Bei Änderungen in der politischen Machtverteilung eines Landes kommt es häufig vor, daß ausländische Investoren ihr wirtschaftliches Engagement beenden oder stark einschränken. Folgeerscheinungen sind Kapitalflucht und Liquidierungen ausländischer Direktinvestitionen. Diese Trans-

aktionen vermindern die Währungsbestände und üben einen negativen Einfluß auf die Zahlungsbilanz aus.

Beispiele für ein derartiges Verhalten von multinationalen Konzernen lassen sich in Chile (unter Allende) und in jüngster Zeit in Portugal finden. So haben sowohl deutsche wie amerikanische Konzerne ihre Investitionsvorhaben in Portugal nach dem Sturz der Diktatur stark zurückgeschraubt und der neuen Regierung klargemacht, daß ein weiteres Engagement von der Rückkehr »stabiler« Zustände abhängen würde. Daß und wie sehr vor allem amerikanische Konzerne ihre ökonomische und politische Macht zur Stützung reaktionärer Regimes in Südamerika eingesetzt haben, ist durch zahlreiche Veröffentlichungen bekanntgeworden. Als extremes Schulbeispiel kann die üble Rolle gelten, die der ITT-Konzern im Zusammenhang mit dem Generalsputsch gegen Allende in Chile gespielt hat und die auch in Amerika Anlaß zu einer breiten öffentlichen Kritik gegeben hat. Auf diese Problematik näher einzugehen, erübrigt sich jedoch in unserem Zusammenhang.

Neben den Auswirkungen auf Investitionen und Ausüben von politischem Druck spielt auch die Kapitalflucht eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auf Grund der sich ständig zugunsten der Linksparteien (hauptsächlich KPI) verschiebenden Machtverhältnisse und der tristen Wirtschaftsentwicklung Italiens (verbunden mit einem Verfall des Wertes der Lira) hat die Kapitalflucht ein erhebliches Ausmaß angenommen. In diesem Zusammenhang sei an den »Chiasso«-Skandal der Schweizer Kreditanstalt erinnert. Bei dieser Finanzaffäre wurden italienische Fluchtgelder von der Filiale Chiasso der SKA an die Texon-Finanzanstalt in Liechtenstein weitergeleitet und von dieser wiederum an die in Italien tätigen Gesellschaften Winefood, Albarella Mare und Ampaglas. Ermittlungen haben ergeben, daß die Schweizerische Kreditanstalt bei diesen fragwürdigen Transaktionen rund 1 Milliarde Franken verloren hat²³.

b) Währungskrisen und andere ökonomische Veränderungen

Multinationale Konzerne können durch folgende Transaktionen möglichen Nachteilen von Auf- und Abwertungen einer Währung entgehen beziehungsweise sogar dadurch Gewinne erzielen²⁴:

- Erhöhung beziehungsweise Verringerung der Lieferungen von Waren und Dienstleistungen,
- Vorwegkasse beziehungsweise Zahlungsaufschub für Lieferungen mit entsprechender Variation der Transferpreise,
- Beschleunigung beziehungsweise Verlangsamung in der Zahlung von Dividenden, Lizenzen, Gebühren, Reisekosten usw.,
- Einschränkung beziehungsweise Gewährung von Darlehen und Krediten,
- Verminderung beziehungsweise Ausdehnung von liquiden Mitteln (Kassahaltung, kurzfristig zu liquidierende Aktivwerte und anderes).

In Großbritannien nahmen zum Beispiel in den Jahren 1964/65 und 1967 (drohende Abwertung) die Dividendenzahlungen sprunghaft zu, um

Abwertungsverluste zu vermeiden²⁵. Die Multis haben auch eine nicht unwesentliche Rolle bei der Weltwährungskrise gespielt, und es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie die Spekulationswelle teils selbst ausgelöst, teils voll ausgenützt haben, um gewaltige Profite einzustreichen. Die Multis verfügten 1971 über etwa 5000 bis 6000 Milliarden Schilling, die sie für Spekulationen einsetzen konnten²⁶.

Auch bei den jüngsten spekulativen Währungsabflüssen in Österreich, im Juli 1977, dürften laut Nationalbank-Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl multinationale Konzerne kräftig mitgemischt haben. Börsengerüchten zufolge sind österreichische Tochterunternehmen von ihren Zentralen zu diesen Spekulationen angewiesen worden²⁷.

Weitere Probleme beziehungsweise Belastungen für die Zahlungsbilanzen von Gastländern ergeben sich im Gefolge von wirtschafts- und machtpolitischen Entscheidungen in Mutterländern von multinationalen Konzernen. Besondere Publizität erlangten die Konflikte, die aus der Anwendung des »Trading with the Enemy Act« durch die Regierung der USA, insbesondere während der Zeit des kalten Krieges, entstanden sind. Danach war es den amerikanischen Muttergesellschaften und auch deren ausländischen Töchtern verboten, bestimmte als strategisch wichtig angesehene Güter an den ausländischen »Feind« zu liefern. Als Beispiele lassen sich Fälle in Kanada und Frankreich anführen²⁸.

Als Kanada 1957 Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China anknüpfen wollte und die Möglichkeit des Verkaufs von Lastkraftwagen erwog, gab die amerikanische Regierung den Ford-Werken, die für die Ausführung eines solchen Auftrages in Betracht gekommen wären, unmißverständlich zu verstehen, daß sie aus politischen Gründen gegen ein solches Geschäft sei. Die amerikanische Muttergesellschaft beugte sich dem Willen der Regierung und erteilte ihrer kanadischen Tochter die Anweisung, dieses Geschäft mit der Volksrepublik China nicht durchzuführen²⁹.

1965 versuchte die US-Regierung, französische Unternehmen davon abzuhalten, ihre Produkte an ein anderes französisches Unternehmen zu verkaufen, weil letzteres dieses Vormaterial in ein Produkt einbaute, das für die Volksrepublik China bestimmt war³⁰.

Eine weitere Unsicherheit besteht darin, daß in Kapitalexporthländern, wie zum Beispiel in den USA, Kapitalexporestriktionen beschlossen werden. Solche Maßnahmen führen zumindest kurzfristig bei Ländern mit hohem Kapitalimport (wie Kanada) zu Zahlungsbilanzdefiziten³¹.

2.3. Zusammenfassung

Aktivierend auf die Zahlungsbilanz wirken empfangene Direktinvestitionen über die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs nach Maßgabe der empfangenen Kapitaleistungen. Sie kompensieren dadurch in gewissem Umfang negative Salden anderer Zahlungsbilanzpositionen, insbesondere diejenigen der Leistungsbilanz (Handels- und Dienstleistungsbilanz) und verringern die Tendenz zu abnehmenden Währungsreserven.

In der zweiten Phase, wenn also die Direktinvestitionen zum Aufbau

von neuen Kapazitäten geführt haben und/oder durch sie die Exportkraft des empfangenden Landes gestärkt wurde, verlagern sich innerhalb der Grundbilanz die unmittelbar aktivierenden Wirkungen von der Kapitalverkehrs- auf die Leistungs- beziehungsweise Handelsbilanz³². Da Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne zum Teil sehr importintensiv produzieren und oft Exportbeschränkungen (seitens des Mutterkonzerns) auferlegt erhalten, dürften sich die positivierenden Effekte (Importsubstitution und Exportsteigerung) und die negativen Effekte (zunehmende Importe und Exportbeschränkungen) ungefähr die Waage halten. Die positivierende Wirkung wird jedenfalls durch die in der zweiten Phase (Produktionsphase) beginnenden Überweisungen von Gewinnen, Lizenz- und Managementgebühren meist ausgeglichen beziehungsweise beginnen die negativen Effekte auf die Zahlungsbilanz zu überwiegen. (Beispielsweise sind die Einkommen aus Direktinvestitionen der USA von 1,77 Milliarden Dollar (1950) auf 8,73 Milliarden Dollar 1970 gestiegen³³).

Die Auffassung, daß ausländische Direktinvestitionen langfristig auf die Zahlungsbilanz des Gast- (kapitalempfänger) Landes eine negative Auswirkung haben, bestätigen auch zahlreiche Untersuchungen.

So haben umfangreiche Untersuchungen des US-Senats über die Handels- und Zahlungsbilanzeffekte amerikanischer Direktinvestitionen ergeben, daß von diesen Investitionen mittelfristig für die US-Zahlungsbilanz höchst positive Wirkungen ausgehen. Außerdem wird der von ausländischen Investitionen ausgehende Importsog im Gastland häufig unterschätzt. Dies trifft vor allem auf Handels- und Dienstleistungsniederlassungen, aber auch auf industrielle Engagements zu, da häufig nur ein relativ geringer Teil der Produktionspalette verlagert wird, die anspruchsvollen Fertigungen jedoch im Ausland bleiben (im Konzern-Mutterland). Zu diesem Ergebnis kommen auch Stellungnahmen amerikanischer Unternehmungen, die sich mit diesem Argument gegen den Vorwurf der US-Gewerkschaften wehren, eine Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland vorzunehmen. Eine Untersuchung der Graduate School for Business Administration der Universität Harvard bestätigte kürzlich diese Argumentation. Sie kam zu dem Ergebnis, daß im Jahr 1970 durch Auslandsinvestitionen rund 600.000 Arbeitsplätze in den USA geschaffen wurden und ein positiver Effekt von mindestens 3 Milliarden Dollar für die amerikanische Zahlungsbilanz festzustellen war. Nur 2,3 Prozent der US-Anlagen im Ausland substituierten gemäß dieser Studie amerikanische Exporte (und damit Importe der Gastländer aus den USA)³⁴.

Auch die EG-Kommission kam zu einer ähnlichen Ansicht. In einer Mitteilung der EG-Kommission an den Rat vom 8. November 1973 heißt es, daß sich Investitionen im Ausland — außer während der Anlaufperiode — für die Zahlungsbilanz des Stammlandes (der im Ausland investierenden Unternehmen) allgemein positiv auswirken. Infolge von Auslandsinvestitionen der Royal Dutch — Shell sind zwischen 1963 und 1972 den Niederlanden Devisen von rund 5 Milliarden holländische Gulden (netto) zugeflossen³⁵.

3. Auswirkungen auf die österreichische Zahlungsbilanz

Nach diesen eher theoretischen Ausführungen wird nun versucht, die Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen auf die österreichische Zahlungsbilanz zu quantifizieren.

3.1. Positiver Einfluß etwa bis 1970/71

In der Theorie wird im allgemeinen angenommen, daß Direktinvestitionen die Zahlungsbilanz des Empfängerlandes kurzfristig aktivieren, langfristig jedoch die negativen Effekte überwiegen. Die Gewinne werden einige Zeit reinvestiert, wenn aber die Kapitalakkumulation einen bestimmten Umfang erreicht hat, werden sie zumindest teilweise ausgeschüttet. Die Gewinnüberweisungen sind dann im Vergleich zur ursprünglichen Kapitalzufuhr relativ hoch³⁶.

Zu beachten ist, daß sich die nachstehenden Untersuchungen von Grünwald/Lacina, Ehrlich und Jurkowitsch auf die Zeit von vor 1971 beziehen.

Importsubstitution durch Direktinvestitionen hat in Österreich hauptsächlich in der Lebensmittel-, der Bekleidungs- und in der Elektroindustrie stattgefunden. Zu *Exportsteigerungen* haben Direktinvestitionen vor allem in der Elektro- und der Bekleidungsindustrie geführt. Zu diesem Ergebnis kommen Lacina/Grünwald in ihrer Untersuchung über »Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft« im Jahr 1970³⁷.

Andererseits weisen Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne zum Teil eine höhere Importneigung als vergleichbare, vom Ausland unabhängige Unternehmen auf. Ursachen für die höhere Importneigung sind, daß auf die Lieferanten der Muttergesellschaft zurückgegriffen wird, der Bezug von Grundstoffen oder Spezialteilen von der Muttergesellschaft, Ergänzung des Warenangebots von verschiedenen ausländischen Schwestergesellschaften usw. Letzteres gilt besonders für die großen Elektro-, Erdöl-, Nahrungsmittel- und Chemiekonzerne. Außerdem gibt es für Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne manchmal Exportbeschränkungen³⁸.

ÖNB-Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl hat am 5. Mai 1977 in einem Referat vor dem Beirat für die Statistik des Außenhandels gemeint, daß »es nicht die beste Lösung war, im Zuge von Integrationsbestrebungen ausländische Handelsketten nach Österreich hereinzubitten, die natürlich nicht das höchste Interesse haben, österreichische Waren zu vertreiben«³⁹.

Ehrlich äußerte 1970 in einer Untersuchung die Meinung, daß der Nettoeffekt der amerikanischen Direktinvestitionen auf die österreichische Zahlungsbilanz mäßig positiv ist, da die Kapitalzuflüsse die Kapitalabflüsse (Gewinne, diverse Gebühren) überwiegen und die US-Neugründungen überdurchschnittlich exportintensiv sind beziehungsweise bei Übernahmen von Unternehmen die Exportquoten gehalten oder ausgebaut werden konnten⁴⁰.

Zu einer ähnlichen Ansicht über Direktinvestitionen der BRD in Österreich kommt Jurkowitsch⁴¹:

»Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Einfluß der deutschen

Direktinvestitionen auf die Warenströme Österreichs mit dem Ausland insgesamt positiv ist. Die durch die deutschen Direktinvestitionen ausgelösten Ausfuhr- und Einfuhrveränderungen haben sich in einer leichten Erhöhung der Währungsreserven niedergeschlagen. Sehr groß ist der positive Nettoeffekt auf die Zahlungsbilanz deshalb nicht, weil die zweifellos exportsteigernde Wirkung deutscher Direktinvestitionen zu großen Teilen durch größere Importe kompensiert wird.«

Die hohen Importe kamen deshalb zustande, weil in Österreich das Zulieferwesen mangelhaft ist (es gibt nur wenige Spezialisten). Was die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen betrifft, so stellt Jurkowitsch fest, daß diese zum Großteil reinvestiert wurden. Die Kapitalabflüsse (Gewinne und diverse Gebühren) haben in den letzten Jahren (etwa 1967 bis 1970/71) rund ein Drittel der Kapitalzuflüsse ausgemacht⁴².

Nimmt man an, daß die Entwicklung von Direktinvestitionen der anderen Länder in Österreich ähnlich verlaufen ist, dann dürfte der Einfluß der ausländischen Direktinvestitionen insgesamt auf die österreichische Zahlungsbilanz bis etwa 1970/71 mäßig positiv gewesen sein.

3.2. Negativer Einfluß seit etwa 1972

Der in der Theorie angenommene und in zahlreichen empirischen Arbeiten aufgezeigte (langfristige) negative Einfluß von ausländischen Direktinvestitionen auf die Zahlungsbilanz der Gastländer ist auch in der österreichischen Zahlungsbilanzstatistik erkennbar.

Stellt man dem jährlichen Nettokapitalzustrom aus dem Titel Direktinvestitionen den jährlichen Kapitalabfluß aus demselben Titel gegenüber, so zeigt es sich, daß seit dem Jahr 1972 der Saldo negativ ist, das heißt, daß der Kapitalabfluß den Kapitalzufluß bereits übersteigt (dazu die Tabellen 3 bis 6).

Zieht man Zahlungen, die mit Direktinvestitionen verbunden sind, wie Lizenz- und Managementgebühren usw., in Betracht, so verstärkt sich der negative Einfluß, und der Saldo ist beispielsweise auch schon 1969 negativ. In diesem Jahr steht einem Kapitalzufluß von 1308 Millionen Schilling ein Abfluß von 1311 Millionen Schilling (= 961 Millionen Schilling Gewinnausschüttung und 350 Millionen Schilling Überweisungen für Lizenz- und Managementgebühren) gegenüber (Tabelle 7).

Tabelle 3

Direktinvestitionen in der österreichischen Zahlungsbilanz (Saldo)
(in Millionen Schilling)

	1 im Ausland jährlich	2 kumuliert	3 in Österreich jährlich	4 kumuliert	1 in Prozent von 3	2 in Prozent von 4
1961	18		347		5,2	
1962	— 2	16	480	827	—	0,2
1963	65	81	477	1.304	13,6	7,8
1964	71	152	435	1.739	16,3	8,7
1965	154	306	780	2.519	19,7	12,2
1966	82	388	893	3.412	9,2	11,4
1967	76	464	627	4.039	12,1	11,5
1968	408	872	1.126	5.165	36,2	16,8
1969	285	1.157	1.308	6.473	21,8	17,9
1970	291	1.448	2.458	8.931	11,8	16,2
1971	904	2.352	2.013	10.944	44,9	21,5
1972	642	2.994	1.786	12.730	36,0	23,5
1973	700	3.694	2.071	14.801	33,8	25,0
1974	420	4.114	3.210	18.011	13,1	22,8
1975	519	4.633	1.742	19.753	29,8	23,5
1976	1.043	5.676	1.933	21.686	54,0	26,2

Quelle: Österreichische Nationalbank, Zahlungsbilanzstatistik.

Tabelle 4

**Kapitalzustrom durch ausländische Direktinvestitionen für den Zeitraum
von 1960 bis 1976**
(in Millionen Schilling)

Jahr	Veranlagungen	Rückzahlungen*	Nettozustrom
1960	232	—	+ 232
1961	416	69	+ 347
1962	540	60	+ 480
1963	593	116	+ 477
1964	603	168	+ 435
1965	1.001	221	+ 780
1966	1.062	169	+ 893
1967	727	100	+ 627
1968	1.242	116	+ 1.126
1969	1.746	438	+ 1.308
1970	2.961	503	+ 2.458
1971	2.877	864	+ 2.013
1972	2.185	399	+ 1.786
1973	2.403	332	+ 2.071
1974	3.837	627	+ 3.210
1975	2.038	296	+ 1.742
1976	2.622	689	+ 1.933
Summe	27.085	5.167	+ 21.918

* Bei den Rückzahlungen kann es sich um Liquidierung von Tochterfirmen ausländischer Unternehmen in Österreich, um Kapitalrückzahlungen oder um den Verkauf an österreichische Personen oder Firmen handeln.

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank.

Tabelle 5

Erträge ausländischer Kapitalanlagen in Österreich von 1967 bis 1976
(in der Leistungsbilanz)
(in Millionen Schilling)

Jahr	Gesamte Kapitalerträge des Auslandes	davon Zinsen	davon variable Erträge (Gewinnausschüttung)	3 in Prozent von 1
	1	2	3	
1967	2.295	1.755	540	23,5
1968	3.228	2.495	733	22,7
1969	3.638	2.677	961	26,4
1970	4.558	3.212	1.346	29,5
1971	5.322	3.683	1.639	30,7
1972	5.846	3.998	1.848	31,6
1973	7.507	5.141	2.366	31,5
1974	11.854		3.670	*
1975	12.772		3.950	*
1976	14.865		4.600	*

* Seit 1974 werden von der ÖNB Zinsen und variable Erträge nicht mehr getrennt ausgewiesen, daher wurde für 1974, 1975 und 1976 der Anteil der variablen Erträge (Erträge aus ausländischen Direktinvestitionen) an den gesamten Kapitalerträgen des Auslands auf 31 Prozent geschätzt.

Quelle: Österreichische Nationalbank.

Tabelle 6

Jahr	Nettokapitalzustrom durch ausländische Direktinvestitionen	Kapitalabfluß (variable Erträge) aus Direktinvestitionen in Millionen Schilling	Saldo
1967	627	540	+ 87
1968	1.126	733	+ 393
1969	1.308	961	+ 347
1970	2.458	1.346	+ 1.112
1971	2.013	1.639	+ 374
1972	1.786	1.848	— 62
1973	2.071	2.366	— 295
1974	3.210	3.670*	— 460*
1975	1.742	3.950*	— 2.208*
1976	1.933	4.600*	— 2.667*
Summe	18.274	21.653	— 3.379

* Seit 1974 werden von der ÖNB Zinsen und variable Erträge nicht mehr getrennt ausgewiesen, daher wurde für 1974, 1975 und 1976 der Anteil der variablen Erträge (Erträge aus ausländischen Direktinvestitionen) an den gesamten Kapitalerträgen des Auslands auf 31 Prozent geschätzt.

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank.

Ab 1974 wurde ein Anteil der variablen Erträge (= hauptsächlich Dividenden von Aktiengesellschaften und von Gesellschaften mit beschränkter Haftung) an den gesamten Kapitalerträgen des Auslands von 31 Prozent angenommen. Selbst wenn dieser Anteil wegen der konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 1975 und 1976 zu hoch ist, so ergibt sich auf Grund der stark rückläufigen Direktinvestitionen selbst unter der Annahme von wesentlich geringeren Gewinnausschüttungen ein negativer Saldo — noch dazu, wo die Überweisungen für Lizenz- und Managementgebühren 1974 bereits auf 774 Millionen Schilling angestiegen sind!

Tabelle 7

**Überweisungen von Patent-, Lizenz- und Managementgebühren usw.
an ausländische Gesellschaften**

Jahr	in Millionen Schilling
1969	350
1972	556
1974	774

Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der ÖNB.

Aus Tabelle 7 ist zu ersehen, daß diese Form von Kapitaltransfer auch für Österreich an Bedeutung gewinnt. Immerhin haben sich die jährlichen Überweisungen zwischen 1969 und 1974 mehr als verdoppelt (+ 121 Prozent!).

Zwischen 1967 und 1971 betrug der Nettokapitalzustrom nach Österreich durch ausländische Direktinvestitionen rund 7,5 Milliarden Schilling. Der Kapitalabfluß ins Ausland (Gewinnüberweisungen) erreichte im selben Zeitraum zirka 5,2 Milliarden Schilling. Der Saldo war also mit 2,3 Milliarden Schilling noch positiv.

Zwischen 1971 und 1976 hat sich das Bild grundlegend zuungunsten Österreichs verändert. In dieser Periode betrug der Kapitalzufluß zirka 10,7 Milliarden Schilling. Der Kapitalabfluß erreichte aber eine Höhe von 16,4 Milliarden Schilling. Es wurden also um 5,7 Milliarden Schilling mehr ins Ausland überwiesen, als nach Österreich transferiert wurden.

Wie aus Tabelle 6 ersichtlich ist, fließt seit etwa 1972 mehr Kapital ins Ausland, als durch ausländische Direktinvestitionen nach Österreich überwiesen wird. In den vergangenen zehn Jahren wurden mehr als 21 Milliarden Schilling an Gewinnen ins Ausland transferiert. Allein im Jahr 1976 wurden die österreichischen Währungsreserven durch den Transfer von Gewinnen, von Lizenz- und Managementgebühren im Ausmaß von mindestens 5,5 Milliarden Schilling belastet. Zieht man noch die Gewinnverschiebung durch manipulierte Verrechnungspreise und die durch ausländische Unternehmen hervorgerufenen Importsteigerungen in Betracht, dann liegt die tatsächliche Belastung der Zahlungsbilanz 1976 wesentlich über 5,5 Milliarden Schilling.

3.3. Auswirkungen der restriktiven Maßnahmen der ÖNB

Mit der Kundmachung DE 3/72⁴³ wurde am 27. November 1972 von der Notenbank die generelle Bewilligung für den entgeltlichen Erwerb von Anteilsrechten an inländischen Gesellschaften, Gemeinschaften und sonstigen Unternehmungen zur außenwirtschaftlichen Absicherung des Stabilisierungsprogrammes der Bundesregierung aufgehoben.

Auf Grund mangelnder Daten ist eine Quantifizierung dieser Maßnahmen unmöglich. In der Zahlungsbilanz ist jedenfalls von der Effizienz dieser Maßnahmen nichts oder nicht viel zu bemerken, denn die Kapitalimporte für Direktinvestitionen (Veranlagungen) sind von 2185 Millionen Schilling im Jahr 1972 auf 2403 Millionen Schilling (1973) und im Jahr 1974 sogar auf 3837 Millionen Schilling angestiegen. Erst 1975 ist der Kapitalzufluß höchstwahrscheinlich auf Grund der Weltwirtschaftskrise auf 2038 Millionen Schilling zurückgegangen.

Ab 20. Juni 1975 hat die ÖNB (auf Antrag) ausländische Direktinvestitionen im sekundären Sektor (Industrie und Gewerbe ohne Bauwesen) und im tertiären Sektor (Fremdenverkehr und bei Errichtung von Vertriebsgesellschaften im Großhandelsbereich durch ausländische Erzeuger) wieder genehmigt⁴⁴.

Seit 1. Jänner 1976 werden Anträge zum Erwerb von Anteilsrechten an inländischen Unternehmungen von Inländern oder im Zuge der Gründung (auch Kapitalerhöhung) solcher Unternehmungen, im Zusammenhang mit der Dotierung von inländischen Niederlassungen oder Einzelunternehmen genehmigt, das heißt, daß die Beschränkungen vom 20. Juni 1975 ebenfalls aufgehoben sind. Wesentlichste Voraussetzung für die Bewilligung ist die Schaffung oder Aufrechterhaltung dauerhafter Wirtschaftsbeziehungen zwischen den inländischen Unternehmungen und den ausländischen Vertragspartnern⁴⁵.

3.4. Abschließende Bemerkungen und Vorschläge

Vergleicht man die Daten der unter a, b, und c angeführten Erhebungen, so stellt man bemerkenswerte Differenzen fest.

3.4.1. Verbesserung der Zahlungsbilanzstatistik

- a) Kapitalzufluß von 1960 bis 1974
laut Zahlungsbilanz 18.243 Millionen Schilling
- b) Ausländische Nominalbeteiligung per
Ende 1974 laut ÖNB-Untersuchung über
ausländische Direktinvestitionen in Österreich 20.734 Millionen Schilling
- c) Gesamtverpflichtungen Österreichs aus
Direktinvestitionen gegenüber dem Ausland
Ende 1974 laut ÖNB-Untersuchung 29.287 Millionen Schilling

Die Differenz zwischen a und b dürfte damit zu erklären sein, daß in der Zahlungsbilanzstatistik — also in Punkt a — ausländische Direktinvestitionen von vor 1960 nicht enthalten sind.

Bedeutend größer wird die Differenz (nämlich über 11 Milliarden Schilling), wenn man a mit c vergleicht, denn in c sind neben dem Nominalkapital auch Rücklagen, Vorträge (Gewinn- und Verlustvorträge), Kapitalerhöhungen (Reinvestitionen von Gewinnen), langfristige Kreditverpflichtungen und sonstige Einlagen enthalten.

Zu bemerken wäre noch, daß die tatsächliche Verpflichtung gegenüber dem Ausland, die in der ÖNB-Untersuchung per Ende 1974 mit 29,2 Milliarden Schilling angegeben wurde, höher ist, da in dieser Zahl beispielsweise nicht alle Direktinvestitionen und auch indirekte ausländische Beteiligungen oder Sacheinlagen nicht enthalten sind. Eine Hochrechnung der ÖNB ergibt eine Verpflichtung von 34 Milliarden Schilling.

Für effiziente wirtschaftspolitische Maßnahmen gegenüber ausländischen Unternehmen (beziehungsweise Beteiligungen ausländischer Unternehmen) in Österreich ist die Schaffung von aussagekräftigen statistischen Unterlagen unumgänglich.

Die Zahlungsbilanzstatistik sollte in diesem Zusammenhang gleich für alle Auslandsinvestitionen — ausländische Investitionen in Österreich und österreichische Investitionen im Ausland — auf folgende Art und Weise verbessert werden:

- Meldepflicht bei der ÖNB für sämtliche Investitionen (direkte, indirekte, Reinvestitionen von Gewinnen, langfristige Kredite usw.) in beiden Richtungen (österreichische Investitionen im Ausland und ausländische Investitionen in Österreich).
- Gliederung dieser Investitionen in der Zahlungsbilanzstatistik nach Herkunftsländern beziehungsweise Bestimmungsländern.
- Gliederung dieser Investitionen nach Branchen.
- Aufzeichnung der Lizenz- und Managementgebühren (ebenfalls für beide Richtungen) nach Herkunfts- beziehungsweise Bestimmungsländern und nach Branchen.
- Die Österreichische Nationalbank müßte Export- und Importpreise von multinationalen Konzernen in Österreich im Hinblick auf ein »overpricing« der Importe beziehungsweise ein »underpricing« der Exporte genau kontrollieren.

3.4.2. Kontrolle von Direktinvestitionen und Betriebsübernahmen

In Anbetracht der hohen Auslandsinvestitionen in Österreich und der damit verbundenen Abhängigkeit von den Investorländern (wie etwa von den USA und der BRD) ist neben einer Verbesserung der Zahlungsbilanzstatistik auch eine verstärkte Kontrolle des Auslandskapitals angebracht.

Der II. Weltkongreß des IBFG im Jahr 1975 in Mexiko stellte zur Kontrolle von Direktinvestitionen folgendes fest⁴⁶:

»Die Gewerkschaftsbewegung ist der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, der ungezügelter Freiheit internationaler Investitionen Einhalt zu gebieten und darauf zu bestehen, daß eine strengere Kontrolle auferlegt wird, mit dem Ziel, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die nationale Souveränität aller Völker zu wahren sowie zu gewährleisten, daß bestimmte soziale Verpflichtungen mit solchen Operationen verknüpft sind. Überwachung ist sogar noch notwendiger, wenn die internationale Investition die Übernahme eines schon bestehenden Konzerns in sich schließt. Abgesehen von den sozialen Erwägungen (etwa Sicherheit des Arbeitsplatzes und gewerkschaftliche Rechte der Arbeitnehmer) können solche

Operationen mit der einzelstaatlichen Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftspolitik in Widerstreit geraten (Arbeitskräfte in der Forschung sind gewöhnlich unter den ersten Opfern der Rationalisierungsmaßnahmen, die eine internationale Übernahme häufig begleiten). Die Gewerkschaften der OECD-Länder haben schon konkrete Vorschläge für die Abänderung des OECD-Kodex zur Liberalisierung in dem vorstehend skizzierten Sinne gemacht. Länder, die nicht Mitglieder der OECD sind, bedürfen gewiß mindestens ebenso sehr des Schutzes vor den Auswirkungen einer unüberwachten ausländischen Durchdringung ihrer Wirtschaft. Das ist in ganz besonderem Maße ein Fall für eine konzentrierte internationale Aktion: ein unglückliches Ergebnis zusammenhangloser nationaler Versuche, mit der Lage fertig zu werden, würde darin bestehen, multinationale Investitionen in Länder mit den geringsten Kontrollen abzulenken.«

Nachstehende Kontrollmaßnahmen wären vorstellbar⁴⁷:

Eine Genehmigung durch die zuständigen nationalen Behörden (in Österreich etwa durch die Österreichische Nationalbank) soll für alle im Inland geplanten ausländischen Direktinvestitionen oder für den Erwerb schon bestehender Unternehmen erforderlich sein, wobei in diesem Genehmigungsverfahren das Mitspracherecht aller betroffenen Interessenvertretungen gesichert werden sollte.

Als Bedingung für Errichtung oder Erwerb eines Unternehmens können die zuständigen Behörden Beschränkungen oder andere Bedingungen festlegen, sich etwa das Recht zur Beteiligung der öffentlichen Hand vorbehalten, mit oder ohne weiteren Recht eines späteren Volleigentums oder Teileigentums.

Als Bürgschaft für die Erfüllung der zwischen den nationalen Behörden und dem investierenden Unternehmen vereinbarten Bedingungen ist der investierenden Gesellschaft die Hinterlegung einer bestimmten Summe abzuverlangen; diese kann im besonderen bei späteren Entlassungen oder Betriebsschließungen zur Entschädigung der Arbeitnehmer verwendet werden.

Vorteilhaft wäre es, durch eine größere Streuung der ausländischen Investitionen nach Herkunftsländern eine zu große Abhängigkeit von einem bestimmten Land (wie zum Beispiel den USA oder der BRD) zu vermeiden.

Weiters sollte darauf geachtet werden, daß nicht ganze Branchen (Elektroindustrie in Österreich) von Ausländern beherrscht werden.

Bei der Genehmigung von künftigen ausländischen Investitionen wären solche zu bevorzugen, die eine technisch anspruchsvolle Produktion darstellen, den Zugang zu neuen Technologien ermöglichen, Importe substituieren und das Exportvolumen erhöhen.

Um einen möglichst hohen österreichischen Einfluß zu gewährleisten, bestünde in Zukunft die Möglichkeit, ausländische Beteiligungen an österreichischen Unternehmen und bei Neugründungen (zum Beispiel mit 49 Prozent Anteil am Stammkapital beziehungsweise Grundkapital) zu beschränken.

Im Hinblick auf den Zielkonflikt zwischen den Eigentümern ausländischer Unternehmen (Interesse an hohen Dividendenzahlungen) und dem

volkswirtschaftlichen Interesse Österreichs (möglichst wenig Kapital ins Ausland abfließen zu lassen) wäre auch eine Beschränkung des Gewinntransfers ins Ausland denkbar. Dies ist etwa in der Form vorstellbar, daß entweder den ausländischen Investoren die Verpflichtung auferlegt wird, einen Teil des (von österreichischen Arbeitern und Angestellten) erwirtschafteten Gewinnes (oder des Jahresüberschusses) in Österreich zu reinvestieren oder daß zumindest die Dividendenausschüttung dieser Unternehmen begrenzt wird. Allein 1976 wurden rund 4,6 Milliarden Schilling (ohne Lizenzgebühren und ohne Gewinnverschiebungen durch Transferpreise) Gewinne ins Ausland überwiesen. Die Einführung eines Maximalsatzes für Dividenden (wie in Belgien) von 10 bis 15 Prozent würde hauptsächlich äußerst profitable »Multis« treffen.

Neben einem positiven Effekt auf die Zahlungsbilanz ist von einer verstärkten Reinvestition von Gewinnen eine arbeitsplatzschaffende oder zumindest eine arbeitsplatzsichernde Wirkung zu erwarten.

Daß wegen der vorhin angeführten Maßnahmen (verstärkte Kontrolle, Dividendenbeschränkung usw.) die ausländischen Konzerne künftig in Österreich nicht investieren würden oder daß sogar Produktionen (von Österreich) ins Ausland verlagert würden, ist zwar möglich, doch sollte diese Gefahr auch nicht überschätzt werden. Ein Vergleich der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen zeigt, daß sich diese Investitionen zwischen 1950 und 1973/74 erheblich verlagert haben, und zwar weg von den Entwicklungsländern und hin zu den Industrieländern (dazu Tabelle 8). Einer der wesentlichsten Gründe für die zunehmende Vorliebe der multinationalen Konzerne für Industrieländer dürfte die sich ständig zuungunsten der kapitalistischen Welt verändernden Machtverhältnisse in den Entwicklungsländern sein.

Tabelle 8
Direktinvestitionen im Ausland

		Industrie- länder	Entwick- lungs- länder	Insgesamt
<i>USA</i>				
Stand der Direkt-	1950	50 %	50 %	11.788 Mio. Dollar
investitionen	1973	69 %	26 %	107.270 Mio. Dollar
Gewinne aus Direkt-	1950	44 %	55 %	1.766 Mio. Dollar
investitionen	1973	55 %	41 %	12.386 Mio. Dollar
<i>Kanada</i>				
Stand der Direkt-	1965	84 %	16 %	3.469 Mio. Dollar
investitionen	1973	83 %	17 %	5.040 Mio. Dollar
<i>BRD</i>				
Stand der Direkt-	1961	61 %	39 %	3.842 Mio. Dollar
investitionen	1974	71 %	29 %	31.765 Mio. Dollar
<i>Frankreich</i>				
Summe der jährlichen				
Direktinvestitionen	1960—1972	62 %	38 %	15.383 Mio. FF
<i>Großbritannien</i>				
Stand der Direkt-	1960	63 %	37 %	2.950 Mio. Pfund
investitionen	1972	74 %	26 %	7.398 Mio. Pfund
<i>Schweiz</i>				
jährliche Direkt-	1967	83 %	17 %	21,5 Mrd. sfrs
investitionen	1972	89 %	11 %	42,1 Mrd. sfrs
<i>Schweden</i>				
jährliche Direkt-	1955	54 %	46 %	136,7 Mio. Skr
investitionen	1973	83 %	17 %	1.503,5 Mio. Skr
Summe	1950—1973	71 %	29 %	10.442,0 Mio. Skr
<i>Japan</i>				
Stand der Direkt-	1973	50 %	50 %	10.271 Mio. Dollar

Quelle: Ferdinand Lacina, *Transnationale Konzerne und Dritte Welt*; unveröffentlichtes Manuskript, errechnet nach: Internationale Direktinvestitionen 1950—1973, Vergleichende Untersuchung und statistische Materialien, Henry Krägenau, Hamburg 1975.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Otto G. Mayer, *Die Multis — das multinationale Problem*, in: *Multinationale Unternehmen — Anfang oder Ende der Weltwirtschaft?* Hrsg.: D. Kebschull/O. G. Mayer, Frankfurt/Main 1974, S. 56 ff.
- 2 Vgl. »Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank«, Nr. 11/76, S. 773.
- 3 Vgl. »ÖNB-Untersuchung über ausländische Direktinvestitionen in Österreich für 1969, S. 18.
- 4 Vgl. »Mitteilungen des Direktoriums der ÖNB«, 11/76, S. 772.
- 5 Vgl. ÖNB — 20 Jahre Zahlungsbilanz — 1954 bis 1973.
- 6 Vgl. Ferdinand Lacina, *Transnationale Konzerne und Dritte Welt*. Unveröffentlichtes Manuskript, 1977, S. 22.
- 7 Vgl. Franz Jurkowitsch, *Die deutschen Direktinvestitionen in der österreichischen Industrie*. Dissertation an der Hochschule für Welthandel in Wien, 1971, S. 24 ff.
- 8 Vgl. Dietmar Haubold, *Direktinvestitionen und Zahlungsbilanz*. Veröffentlichung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, Hrsg. M. Holtus, D. Kebschull, H.-E. Scharrer, Hamburg 1972, S. 167.
- 9 Vgl. Herbert Danzinger, *Direktinvestitionen — Begriff, Bedeutung und gesetzliche Regelungen*, in: »Die Industrie«, Nr. 32 vom 9. August 1968, S. 6 f.
- 10 Vgl. Franz Jurkowitsch, a. a. O. S. 26.
- 11 Vgl. ebenda, S. 26.
- 12 Vgl. A. E. Safarian, *Perspectives on foreign direct investment from the viewpoint of a capital receiving country*, in: »The Journal of Finance«, Vol. XXVIII, May 1973, S. 429.
- 13 Vgl. Frohmund Grünärml, *Multinationale Unternehmen und staatliche Wirtschaftspolitik*. Hrsg.: Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1975, S. 110.
- 14 Vgl. ebenda, S. 81.
- 15 Ferdinand Lacina, Oskar Grünwald, *Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft*. Hrsg. AK Wien, Wien 1970, S. 176.
- 16 F. M. Teplin, *US International Transactions in Royalties and Fees: Their relationship to the transfer of technology*, in: »Survey of Current Business«, 12/73, S. 17.
- 17 Vgl. Frohmund Grünärml, a. a. O. S. 111.
- 18 Jürgen Räuschel, *Die BASF — Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns*, Köln 1975, S. 161 f.
- 19 Vgl. Ernst Piehl, *Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung*, Frankfurt/Main 1974, S. 48.
- 20 Vgl. F. W. Fröhlich, *Multinationale Unternehmen: Entstehung, Organisation und Management*. Hrsg. Rudolf Regul, Baden-Baden 1974, S. 149.
- 21 R. J. Barnet, R. E. Müller, *Die Krisenmacher*, Hamburg 1975, S. 140.
- 22 Vgl. Frohmund Grünärml, a. a. O. S. 110 ff.
- 23 »Neue Zürcher Zeitung« vom 25. Juni 1977, Nr. 146, S. 13.
- 24 Vgl. Ernst Piehl, a. a. O. S. 55.
- 25 Vgl. Siegfried Mielke, *Multinationale Konzerne — Internationale Kapitalstrategie ohne Grenzen?*, in: »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Bonn/Rhein, B 11/74, S. 15 f.
- 26 Vgl. Ernst Piehl, a. a. O. S. 54.
- 27 Vgl. »Die Presse« vom 23./24. Juli 1977.
- 28 Vgl. Frohmund Grünärml, a. a. O. S. 20 f.
- 29 Vgl. ebenda, S. 21.
- 30 Vgl. ebenda, S. 22.
- 31 Vgl. Ferdinand Lacina, Erich Schmidt, *Multinationale Konzerne und Gewerkschaftsbewegung in Österreich*. Manuskript des Arbeitskreises VI für den 8. Bundeskongreß des ÖGB, Wien 1975, S. 64.
- 32 Vgl. *Kapitalexport durch Direktinvestitionen*, in: »Berichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftspolitik«, Jg. 3/1969, Nr. 7, S. 3.

- 33 Vgl. Karel Holbik, *United States Experience with Direct Investment Controls*, in: »Weltwirtschaftliches Archiv«, Hrsg. H. Giersch, Tübingen 1972, Band 108, S. 503.
- 34 Vgl. Ferdinand Lacina, *Transnationale Konzerne und Dritte Welt*, S. 6 f., und *Nine Investment Abroad*, Boston 1976, S. 214.
- 35 Vgl. »Neue Zürcher Zeitung« vom 28. August 1974.
- 36 Vgl. Robert Ehrlich, *Amerikanische Direktinvestitionen in Österreich*, in: Beilage 89 zu den Monatsberichten des WIFO, Wien 1970, S. 10.
- 37 Vgl. Ferdinand Lacina, O. Grünwald, a. a. O. S. 177 f.
- 38 Vgl. ebenda, S. 177.
- 39 Österreichisches Statistisches Zentralamt, *Protokoll über die Vollsitzung des Beirates für die Statistik des Außenhandels am 5. Mai 1977*, S. 21.
- 40 Vgl. Robert Ehrlich, a. a. O. S. 18.
- 41 Vgl. Franz Jurkowitsch, a. a. O. S. 206.
- 42 Vgl. Franz Jurkowitsch, *Deutsche Direktinvestitionen in Österreich*, in: »Internationale Wirtschaft« vom 11. Februar 1972.
- 43 Vgl. *Kundmachung DE 3/72 der Österreichischen Nationalbank*, verlautbart im »Amtsblatt der Wiener Zeitung« Nr. 275 vom 28. November 1972.
- 44 Vgl. *Kommunique der Österreichischen Nationalbank* vom 20. Juni 1975.
- 45 Vgl. *Kundmachung DE 2/75 der Österreichischen Nationalbank*, verlautbart im »Amtsblatt der Wiener Zeitung« Nr. 295 vom 21. Dezember 1975.
- 46 IBFG: *Kontrolle der Multinationalen*, Brüssel, März 1976, S. 32.
- 47 Vgl. dazu auch IBFG, a. a. O. S. 33.